
2765/J XXII. GP

Eingelangt am 11.03.2005

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Am 10.11.2025 erfolgte eine vertraulichkeits-/datenschutzkonforme Adaptierung

Anfrage

der Abgeordneten Mag. Maier

und GenossInnen

an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

betreffend „Skandal um Wiener Gerichtsmedizin“

Der Fragesteller erhielt Ende Jänner eine E-mail Nachricht mit zahlreichen Fragen, die nun als Parlamentarische Anfrage eingebracht werden. Es handelt sich um Fragen, die sich anlässlich der "plötzlichen" Absetzung von N.N. als Leiter des Institutes für Gerichtliche Medizin Wien geradezu aufdrängen:

Einem im September des Vorjahres erschienenen Rechnungshofbericht zufolge hat es (u.a.) massive finanzielle Unregelmäßigkeiten bei der Abrechnung einiger Gutachter am Institut für Gerichtliche Medizin Wien gegeben. Darüber hinaus wurde festgestellt, dass von den Gutachtern (damals eine GnbR) über Jahre lediglich 15% der Einnahmen an die Universität abgeführt wurden. Seitens der MUW bestehen seitdem Nachforderungen in der Höhe von 600.000.- Euro.

Der Rechnungshof hat festgestellt, dass bei einzelnen Gutachtern Gewebeschnitte befundet (und verrechnet!) wurden, ohne dass ein Nachweis für die Existenz dieser Gewebeschnitte existiert! Der Rektor übermittelte daher (basierend auf dem RH Bericht) eine Sachverhaltsdarstellung an den Staatsanwalt. - Ohne Folgen.

Der Institutsvorstand N.N. erstattet in weitem 600 Betrugsmomenten Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. - Die STA hat die Anzeige gegen die 4 Sachverständigen umgehend und ohne weitere Vorerhebungen (!) zurückgelegt.

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

"Die Beweislage war nicht dicht genug."

Die über Jahre und Jahrzehnte aufgelaufenen desolaten und skandalösen Zustände am Institut wurden ebenfalls durch Eigeninitiative von N.N. ans Licht der Öffentlichkeit gebracht. Diese Zustände waren nachweislich seit Jahren den zuständigen Ministerien und dem Rektor (damals noch Dekan der Med. Fakultät) nach einer Begehung des Institutes bekannt!!!

Am Freitag (28.1.2005) wird N.N. völlig unerwartet als Leiter des Institutes für Gerichtliche Medizin abgesetzt. Ihm wird Untreue vorgeworfen, weil er einen Rabatt beim Kauf eines DNA-Gerätes von rund 9000.- Euro auf ein auf seinen Namen lautendes Konto (Anderkonto mit Institutsanschrift) überweisen ließ. Das Geld war eindeutig als Spende für wissenschaftliche Zwecke deklariert. Laut Rektor der MUW hat sich N.N. auch nicht (!) damit bereichert.

In einer Begründung für die Absetzung durch das Rektorat heißt es lapidar:

"Das Vertrauensverhältnis war massiv gestört. Der Schritt war formal einfach notwendig." N.N. sei laut Rektor Schütz "darüber gestolpert, dass er Einnahmen über ein privates Konto abgewickelt hat."

Es stellten sich daher dem aufmerksamen Beobachter eine Reihe von Fragen, die massiv aufklärungsbedürftig sind:

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur nachstehende

Anfrage:

1. Der Rektor der MUW Wolfgang Schütz geht nach eigener Aussage davon aus, dass die Enthebung von N.N. "formal notwendig" war. Worauf begründet sich diese Aussage?
2. Gab es zur Zeit der Errichtung des Kontos überhaupt ein anderes Institutskonto? Ist der Medizinischen Universität Wien durch Errichtung des Kontos ein finanzieller Schaden entstanden? Hat der Rektor von der Existenz des Kontos evtl. von Anfang an

bescheid gewusst (laut eines Insiders hat Schütz mindestens seit einem Jahr von diesem "provisorischen Instituts Konto" gewusst!)?

3. Warum wurde N.N. vom Rektor Äußerungsverbot erteilt, gerüchteweise unter Androhung von disziplinären Maßnahmen?
4. Laut Pressemeldungen wurde N.N. "vermutlich" von einer karenzierten Mitarbeiterin anonym angezeigt. Diese Sachverständige soll, ohne die rechtlichen Vorraussetzungen zu erfüllen, in die Sachverständigenliste eingetragen worden sein. Wurden im Zuge des gerichtlichen Eintragungsverfahrens die Vorraussetzungen ordnungsgemäß geprüft? Wie kam es zur Eintragung? Ist bereits eine Untersuchung bzw. eine Streichung erfolgt?
Gibt es Versäumnisse der zuständigen Stelle?
5. N.N. hat 4 Sachverständige wegen des Verdachtes des gewerbsmäßigen Betruges bei der STA unter gleichzeitiger Vorlage von Belegen angezeigt (Diskrepanzen bei Erstellung, Befundung und Verrechnung von histologischen Gewebeschnitten)?
6. Waren die 600 Verdachtsmomente wirklich so gering? Angeblich sind dem Steuerzahler dadurch mindestens 60.000.- Euro Schaden entstanden. Müssten die auf diesen fingierten Befunden basierenden Entscheidungen der Justiz daher nicht angezweifelt werden?
Würde das nicht einen handfesten Justizskandal hervorrufen?
7. In der anonymen Anzeige gegen N.N. werden dagegen schleppende Vorerhebungen durchgeführt, und diesem dadurch in den Medien erheblicher Schaden zugefügt (Betrugsverdacht). (9.000.- Euro als Rabatt für ein Gerät wurden auf ein Konto überwiesen, welches auf N.N. mit Institutsanschrift lautet- lt. Rektor war es "weitgehend auszuschließen", dass N.N. daran privat verdient hat).
Warum werden diese Erhebungen, wenn überhaupt notwendig so langsam vorangetrieben?

8. Die 4 von N.N. angezeigten Sachverständigen haben jahre- bzw. jahrzehntelang mit den Justizbehörden im Sprengel des OLG Wien zusammengearbeitet. In solchen Fällen bildet sich ein freundschaftliches Naheverhältnis, das zu Befangenheit führt! Warum wurde diese Befangenheit nicht angezeigt? Wurde vom ministeriellen Weisungsrecht Gebrauch gemacht?
9. Stimmen die Gerüchte, dass die karenzierten Mitarbeiter ein Konkurrenzunternehmen (mobile Gerichtsmedizin) gründen wollen bzw. bereits gegründet haben?
10. Wo sind die 10 Millionen Euro Soforthilfe, von denen Frau Bundesministerin Gehrler im Fernsehen nach der Pressekonferenz am Freitag den 28.1.2005 gesprochen hat (laut BM Gehrler stehen die 10 Mio. seit geraumer Zeit als Soforthilfe zur Verfügung aber niemand "hat sich dafür interessiert")?
11. Wie stellt sich der Rektor die ordnungsgemäße Erledigung der Aufgaben des Institutes vor, wenn nicht ausreichend Personal vorhanden ist? (Mind. 5 Sachverständige Gerichtsärzte sind während des letzten Jahres aufgrund von Karenz bzw. Pension ausgeschieden). Warum sind zumindest für die Dauer der Karenzierung keine neuen Posten ausgeschrieben worden? Soll das Institut ausgehungert und wie bereits vom Rektor mehrmals angedroht zugesperrt werden?
12. Wurde N.N. zum Opfer einer weiteren gezielten Umfärbekampagne der Regierung? (N.N. wurde noch unter Minister Einem zum Ordinarius für Gerichtliche Medizin nach Wien berufen.) Oder war N.N. schlicht unbequem, weil er zu viele Fragen stellte und die, für diese Misere Zuständigen zu sehr an ihre Versäumnisse erinnerte?
13. Wurde hier einem international anerkannten DNA-Experten ein minimales Verwaltungsdelikt durch politische Willkür zum Verhängnis gemacht?
14. Wurde der Rektor bei seinem jüngsten Schritt politisch unter Druck gesetzt?

15. Pfllegt gar einer der mutmaßlichen Betrüger (lt. Rechnungshofbericht) enge Kontakte ins Ministerium (Einer der beschuldigten Gutachter machte nachweislich mit Fr. Minister Gehrler eine offizielle (Forschungs-)Reise nach Südamerika.)?